

Kassel documenta Stadt  
Ausländerbeirat

Vorsitzender:  
Kamil Saygin  
Victoriahochhaus  
Obere Königsstraße 3-5  
34117 Kassel  
Zimmer VH 1005  
Telefon 0561 787 8027  
kamil.saygin@kassel.de  
auslaenderbeirat@kassel.de

Geschäftsstelle:  
Victoriahochhaus  
Obere Königsstraße 3-5  
34117 Kassel  
Zimmer VH 1006  
Telefon: 0561 787 2196  
beiraete@kassel.de

Behördennummer 115  
Rechtshinweise  
zur elektronischen  
Kommunikation  
im Impressum unter  
www.kassel.de

34112 Kassel documenta Stadt

Herrn  
Stadtverordnetenvorsteher  
Volker Zeidler

## Kassel documenta Stadt

7. Februar 2020  
1 von 2

Guten Tag Herr Zeidler,

ich bitte, folgenden Antrag zum **Gesetzentwurf „Verbesserung der politischen Partizipation hier lebender Ausländerinnen und Ausländer“** auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung aufzunehmen:

**„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel setzt sich dafür ein, dass die im Gesetzentwurf zur Novellierung der HGO vorgesehene Optionsregel abgelehnt wird und Ausländerbeiräte als demokratisch legitimierte Gremien in Hessen erhalten bleiben.“**

### **Begründung:**

Mit der Novellierung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) soll es in allen Gemeinden mit mehr als 1.000 ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern zwingend eine Vertretung ausländischer Bürgerinnen und Bürger geben. Entweder wie bisher durch einen gewählten Ausländerbeirat oder neu durch eine beim Magistrat angesiedelte Integrationskommission.

Mit dem neu angefügten Satz in § 84 HGO „Die Verpflichtung zur Einrichtung eines Ausländerbeirates entfällt, wenn eine Kommission zur Integration der ausländischen Einwohner (Integrations-Kommission) nach Maßgabe des § 89 gebildet wird.“ wird jeder Gemeinde mit mehr als 1.000 ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern freigestellt, ob sie einen Ausländerbeirat wählen lässt oder eine Integrations-Kommission einrichtet.

Dieses „Optionsmodell“ führt in der Praxis zur Abschaffung der Ausländerbeiräte und einem Verlust des Wahlrechts für viele Migrantinnen und Migranten. Das wäre ein Abbau demokratischer, verbriefter Rechte. Die sichtbare politische Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern/Migrantinnen und Migranten würde aus dem öffentlichen politischen Geschehen der Kommunen verschwinden.

Die Ausländerbeiräte wurden vor der Einbringung der Gesetzesänderung nicht angehört und bitten daher ihre Gemeindevertretungen um Unterstützung. 2 von 2

Der Ausländerbeirat der Stadt Kassel hat diesen Antrag an die Stadtverordnetenversammlung in seiner Sitzung am 29. Januar 2020 einstimmig beschlossen.

Berichterstatter: Kamil Saygin, Vorsitzender des Ausländerbeirates

Freundliche Grüße



Kamil Saygin  
Vorsitzender Ausländerbeirat